

Politische Verfolgung seit dem Obrigkeitsstaat im 19. Jahrhundert, über die Weimarer Republik, den Hitler-Faschismus bis 1945 und heute

## Eröffnung der Ausstellung Montag, 16. Juli 2018, 19.30 Uhr Haus der Bildung, Schwäbisch Hall

Der Kalte Krieg dominierte das politische Klima in den Nachkriegsjahrzehnten. Die KPD wurde 1956 verboten, es gab Ermittlungen gegen über 200.000 Menschen, 10.000 wurden verurteilt. 1972 folgte der Radikalenerlass, den die Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt beschloss.

Der Verfassungsschutz durchleuchtete daraufhin 3,5 Mio. Bewerber/innen für den Öffentlichen Dienst. Vor allem Lehrer/innen und Lehrer, aber auch Beschäftigte von Post und weiteren Einrichtungen. In Ba.-Wü. gab es durch den sog. "Schieß-Erlass" sogar eine Gesinnungsprüfung vor dem Referendariat. So konnten etliche Studierende nicht einmal ihre Ausbildung beenden.

Und heute? Das Land Hessen schickt sich an, Berufsverbote einzuführen und hat in der letzten Innenministerkonferenz versucht, dieses Thema zu platzieren.

Zur Eröffnung spricht Lothar Letsche. Er ist Betreiber der Website www.berufsverbote.de und hat in Baden-Württemberg einiges erlebt, was die Forderung nach "Freiheit im Beruf -Demokratie im Betrieb!" unterstreicht. Ein Grußwort hält Personalrätin Silvia Bambusch, GEW.

